

	am	TOP
VA	24.11.15	
FA		

Celle, 22.11.2015

Antrag:

Haushaltsplan 2016 – zeitliche Begrenzung der Steueranhebungen

Mit Schreiben vom 19.11.2015 informierte Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende die Fraktionsvorsitzenden über weitere Einbrüche bei den Einnahmen durch die Gewerbesteuer. Im Ergebnis würde sich dadurch der Haushaltsplanentwurf 2016 im Ergebnishaushalt um weitere 10 Millionen verschlechtern. Durch weitere kurzfristig erarbeitete Einsparungsvorschläge der Verwaltung im o. g. Schreiben könnte ein Großteil dieser weiteren Verschlechterung kompensiert werden. Wir folgen diesen schnell erarbeiteten Vorschlägen und sind bereit diese mitzutragen, allerdings mit Einschränkungen.

- Wir beantragen, dass der Rat der Stadt Celle die Einsparungsvorschläge im o. g. Schreiben mit den Einschränkungen beschließt, dass die Steuererhöhungen lediglich für 5 Jahre gelten sollen. Danach sollen diese Erhöhungen automatisch auslaufen.
- Des Weiteren unterstützen wir ausdrücklich den Oberbürgermeister und den Ersten Stadtrat in ihrem Vorgehen mit dem Land Niedersachsen Verhandlungen aufzunehmen, um eine Entschuldung der Stadt zu erzielen. Dabei ist insbesondere auf die besondere Situation der Großen selbständigen Stadt im Gefüge des Landkreises hinzuweisen als auch auf die erheblichen Steuereinbrüche im Bereich der Gewerbesteuer.
- Ergänzend dazu sind erneut Verhandlungen mit dem Landkreis aufzunehmen, um eine Senkung der Kreisumlage zu erzielen. Sollte der Landkreis im Bereich der Jugendhilfe den Forderungen der Stadt nicht nachkommen, ist wie beschlossen die entsprechende Vereinbarung zu kündigen.

Begründung

Trotz aller Anstrengungen der Beteiligten stellt sich das Jahresergebnis 2016 schlechter dar, als erwartet. Die Verwaltung ist mit einem hervorragenden Einsparergebnis in Vorlage gegangen. Die erzielten Einsparungen in Höhen von 6,8 Millionen € sind äußerst begrüßenswert. Begrüßt wird, dass die Verwaltung erneut nach den vergangenen Jahren und den Einsparrunden mit der KGST weitere Einsparungen erarbeitet hat. Leider sind diese nicht ausreichend. Die zugespitzte Situation, wie sie sich nach den aktuellen Hochrechnungen darstellt erfordern weitere Einsparbemühungen und Einnahmenverbesserungen. Es wird begrüßt, dass die Verwaltung auch in dieser Situation erst an eigene Möglichkeiten gedacht hat. Hier erkennen wir, dass die jetzt vorgeschlagenen Einsparungen so deutlich werden, dass die Bevölkerung diese auch spüren wird. Und dennoch müssen wir feststellen, dass wie von der Verwaltung vorgesehen auch die Steuerschraube weitergedreht werden muss. Die ursprünglich vorgesehenen Steueranhebungen kompensieren das jetzt

zu erwartende Minus leider nicht hinreichend. Die jetzt abzusehende weitere Verschlechterung der Haushaltslage hat nicht die Verwaltung zu verantworten. 20 Millionen Einbußen auf der Einnahmenseite kamen unerwartet. Vor diesem Hintergrund sind weitere Maßnahmen zu treffen. Allerdings sollten diese Bedingungen nicht von Dauer sein. Wir erwarten, dass auch die vom Oberbürgermeister in die Wege geleiteten Maßnahmen wie

- Einrichtung eines Eigenbetriebes für Klärwerk und Kanalbetrieb und die
- Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts zur Bearbeitung der Flüchtlingsaufenthalte in Celle

zu spürbaren Verbesserungen im Haushalt führen.



Jürgen Rentsch
(Fraktionsvorsitzender)



Joachim Schulze
(Ratsherr)